

Per Email: tarife@e-control.at

Energie-Control Austria
Rudolfplatz 13A
1010 Wien

ÖBB-Infrastruktur AG
DI Tanja Kienegger
Leiterin GB Energie
Praterstern 3, 1020 Wien
tanja.kienegger@oebb.at

Wien, 21.7.2020

Stellungnahme zum Konsultationsentwurf „Tarife 2.1 - Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Strombereich“

Sehr geehrte Damen und Herren,

seitens der ÖBB-Infrastruktur AG bedanken wir uns herzlich bei Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Konsultationsentwurf zur Weiterentwicklung der Netzentgeltstruktur für den Strombereich. Gerne beteiligen wir uns an der Diskussion zur Weiterentwicklung der Netztarife und machen auf unsere Besonderheiten aufmerksam.

1. ÖBB-Bahnstromnetz als Garant eines sicheren und zuverlässigen Bahnbetriebs

Die ÖBB-Infrastruktur AG betreibt ein zentrales Bahnstromnetz mit einer Spannung von 110 kV und 55 kV. An dieses ÖBB-Bahnstromnetz, welches mit der bahnspezifischen Frequenz von 16,7 Hz betrieben wird, sind zur Energieaufbringung ÖBB-Kraftwerke, Kraftwerke von Energieunternehmen und Frequenzumformer angeschlossen. Die Bahnstromversorgung stellt ein in sich geschlossenes System dar, dessen Regelung unabhängig vom öffentlichen 50 Hz Netz erfolgt. Aus diesem Grund sind auch die ÖBB-Bahnstromnetze vom Geltungsbereich des EIWOG ausgenommen. Die Schnittstellen zum öffentlichen 50 Hz-Elektrizitätssystem wird durch Frequenzumformer hergestellt. Aus Sicht des öffentlichen 50-Hz-Elektrizitätssystems sind die ÖBB-Infrastruktur AG Verbraucher mit angeschlossener Eigenerzeugung die unter anderem aufgrund der hohen Lastdynamik im Bahnstromsystem für die sichere Bahnstromversorgung benötigt wird. Die ÖBB-Infrastruktur AG hat das Potenzial mit dem Bahnstromnetz das öffentliche Elektrizitätssystem in kritischen Situationen zu entlasten.

Mit Hilfe der Bahnstromversorgung trägt die ÖBB wesentlich zur Erreichung der Klimaziele bei. Während die THG Emissionen des Transportsektors in den letzten Jahren stetig stiegen, konnte die ÖBB ihre Klimabilanz verbessern. So emittiert eine Zugfahrt 26-mal weniger CO₂ als jene mit dem PKW (bezogen auf Personenkilometer). Beim Gütertransport auf der Schiene ist der Ausstoß sogar 44-mal gering als bei LKWs (bezogen auf Tonnenkilometer). Insgesamt erspart die ÖBB der österreichischen Klimabilanz so pro Jahr über 3,5 Mio Tonnen CO₂. Entsprechend ist die Förderung des öffentlichen Verkehrs ein zentrales Anliegen der österreichischen Bundesregierung und die Bahn eine der wichtigsten Säulen für einen nachhaltigen Verkehr. Die starken Steigerungen der Netzentgelte in den letzten Jahren stellten bereits eine massive Belastung für die Energieversorgung der Bahn dar. Durch die Änderungen der Systemnutzungsentgelte darf es zu keiner weiteren Belastung des Bahnverkehrs durch Netztarife kommen.

2. Konkrete Anregungen zum Konsultationsentwurf

Zu Kapitel 2 Anschlussentgelte

In diesem Kapitel wird angeführt, dass das Netzbereitstellungsentgelt in der vorgesehenen Form wegfallen soll und stattdessen das Netzzutrittsgeld um einen pauschalierten Anteil ergänzt werden soll. Hier ist anzumerken, dass darauf Bedacht genommen werden sollte geeignete Übergangsbestimmungen vorzusehen, sodass zumindest bereits über das Netzbereitstellungsentgelt in seiner momentanen Ausgestaltung bzw. die Übergangsbestimmungen gemäß §55 Abs. 8 und 9 EIWOG erworbene Anschlussleistung nicht nochmals in Rechnung gestellt werden kann. Der Konsultationsentwurf sieht des weiteren auf hohen Spannungsebenen eine Orientierung des Pauschalentgelts an der Anschlussleistung vor. Die Übergangsbestimmungen sollten ebenfalls festlegen, wie vorzugehen ist, wenn das Netzbereitstellungsentgelt nicht für die volle Anschlussleistung geleistet wurde.

Im Sinne des zukünftig vermehrten Auftretens von Prosumern sollte außerdem klargestellt werden, dass Anschlussentgelte in vollem Umfang sowohl Bezugs- als auch Lieferleistung abgelten.

Zu Kapitel 3.1 Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Leistungs- und Arbeitsanteilen

Der Ausgangspunkt der Diskussion der Änderungen für die Systemnutzungstarife liegt in der derzeit stattfindenden Transformation des Elektrizitätssystems. Vor allem die Entwicklung der dezentralen Erzeugung und die Forcierung der Maximierung des Eigenverbrauchs und aktiven Partizipation an der Energiewende machen eine Umgestaltung der Entgeltstruktur nötig um systemdienliches Verhalten auf allen Ebenen zu beanreizen, wie in Kapitel 1 von „Tarife 2.1“ dargelegt. Entsprechend beziehen sich die vorgeschlagenen Änderungen hauptsächlich auf Netzebene 7.

Die ÖBB-Infrastruktur AG nimmt erfreut zur Kenntnis, dass, im Gegensatz zum Vorgänger-Dokument „Tarife 2.0“, kein Änderungsbedarf in Bezug auf die anteilmäßige Aufteilung zwischen Arbeits- und Leistungsentgelt auf den Netzebenen 3-6 gesehen wird, da, wie eingangs erwähnt, die vorgeschlagenen Änderungen hauptsächlich durch Entwicklungen auf niederen Netzebenen notwendig werden. Es bleibt festzuhalten, dass selbiges auch für Netzebene 1 gilt und auch hier keine Verschiebung zwischen Arbeits- und Leistungsentgelt stattfinden sollte.

Zu Kapitel 3.2 Bestimmung der zu verrechnenden Leistung

Die ÖBB-Infrastruktur AG schließt sich der Argumentation der E-Control, dass der Mittelweg der Abrechnung der Leistungsspitze über das arithmetische Mittel der 12 Monatsspitzenwerte, die ausgewogenste Lösung darstellt an und begrüßt einen Verbleib bei diesem Abrechnungsmodell.

Zu Kapitel 3.4 Flexibilitätsanforderungen in der Entgeltstruktur

Im Kapitel 3.4 werden unterschiedliche Möglichkeiten aufgelistet, wie Flexibilität über die Entgeltstruktur beanreizt werden kann. Für diese Szenarien soll in der SNE-V ein tarifliches Gerüst definiert werden. Hier gilt es zu vermerken, dass v.a. Netznutzer auf hohen Spannungsebenen aufgrund ihrer hohen Arbeits- und auch Leistungsbedarfe, sowie individuellen Systemkonfigurationen u.U. über andere Möglichkeiten verfügen systemdienlich zu wirken. Die Möglichkeit systemdienliche Maßnahmen zu beanreizen sollte daher mit den vorgeschlagenen Optionen nicht abschließend geregelt werden. Vielmehr sollte die Möglichkeit für Nutzer hoher Netzebenen (NE 1-3) bestehen innerhalb des Rahmens des Gleichbehandlungsgebots vertraglich mit dem Netzbetreiber systemdienliche Maßnahmen und deren Abgeltung zu definieren.

Zu Kapitel 7 Sonstige Entgelte

Aus den Ausführungen zu Entgelten für Blindleistungsbereitstellung geht nicht hervor, ob die gegenteilige Handlung (Blindleistungsbezug) auch einem standardisierten Entgelt (des Netzbetreibers

an den Netznutzer) unterworfen werden soll. Die ÖBB-Infrastruktur AG regt an, dies nicht vorzuschreiben, sondern die Abgeltung dieser Dienstleistung der bilateralen vertraglichen Ausgestaltung zu überlassen.